



MACH' MEINEN
KUMPEL
NICHT AN!

**AKTIV
FÜR CHANCEN-
GLEICHHEIT**

FEBRUAR 2017

Veranstaltungen und Workshops

Die Gelbe Hand 2017

Auch dieses Jahr wird der Kumpelverein mit zahlreichen Veranstaltungen die Antirassismusbearbeitung vor allem der jungen Aktiven in der Arbeitswelt unterstützen und voranbringen. Am 15. März findet in Mainz die Preisverleihung des Wettbewerbs „Die Gelbe Hand“ 2016/2017 statt. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Kumpelvereins Giovanni Pollice werden die Schirmfrau Malu Dreyer, Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, der Schirmherr Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall sowie Eric Schley, Bezirksjugendsekretär NRW, und Leonie Hein, Bezirksjugendsekretärin Rheinland-Pfalz/ Saarland, Jugendliche prämiieren, die sich mit Projekten gegen Rassismus und für Vielfalt eingesetzt haben. In Kooperation mit der DGB Jugend NRW findet am 25. März der Workshop „Rechtspopulistische Organisationen und soziale Medien im Wahlkampf“ in Düsseldorf statt. Der Workshop vermittelt Informationen darüber, wie rechtspopulistische Akteure verstärkt soziale Medien für ihre Meinungsmache nutzen.

Mehr Informationen gibt es unter: <http://www.gelbehand.de/informiere-dich/veranstaltungen/> oder auf unserer Facebook-Seite: <https://www.facebook.com/gelbehand>



Gemeinsam für ein solidarisches Europa

Koblenz bleibt bunt: Proteste gegen Rechtspopulisten



Foto: DGB Rheinland-Pfalz/Saarland

Rechtspopulisten aus ganz Europa fühlen sich im Aufwind und suchen den Schulterchluss. Am 21. Januar hatte die im EU-Parlament vertretene Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ zum ersten gemeinsamen Kongress in die Koblenzer Rhein-Mosel-Halle geladen. AfD-Vorsitzende Frauke Petry Seite an Seite mit Marine Le Pen vom rechtsextremen französischen Front National, Geert Wilders, Chef der niederländischen Freiheitspartei und Matteo Salvini von der neo-faschistischen Lega Nord aus Italien. Doch das Treffen blieb nicht unwidersprochen. 5000 Menschen folgten dem Aufruf zur Protestkundgebung des Bündnisses „Koblenz bleibt bunt“, einem Zusammenschluss des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland und der Mitgliedsgewerkschaften mit Parteien, Kirchen und Verbänden. „Es ist eine Demonstration für die Freiheit, für den Zusammenhalt in unserem Land, für Weltoffenheit, für Toleranz“, unterstrich die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer die positive

Stoßrichtung der Demonstration. Malu Dreyer, die auch Schirmfrau des diesjährigen Gelbe-Hand-Wettbewerbs ist, rief die Menschen zu Widerspruch gegen rechte Thesen auf: „Es ist Zeit, dass keiner mehr zuhause bleibt.“ Die Menschen sollten aufstehen für ein freiheitliches und friedfertiges Europa und widersprechen, wenn an Stammtischen oder anderen Orten rechtspopulistisch argumentiert werde. Auch der Vorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, Dietmar Muscheid, betonte mit Blick auf den ENF-Kongress, dass es eine klare und solidarische Haltung brauche: „Schweigen und Wegducken ist gegenüber den Rechtspopulisten keine Option.“ Mehr als 5.000 Menschen hätten in Koblenz deutlich gemacht, was sie nicht wollen, nämlich Nationalismus und Populismus: „Wir stehen gemeinsam für ein solidarisches, soziales und friedliches Europa ein.“ In den Niederlanden, in Frankreich und in Deutschland stehen in diesem Jahr Wahlen an. In den Nachbarstaaten führen die Rechtspopulisten in den Umfragen. An ihren Zielen ließen sie in ihren Reden in Koblenz keinen Zweifel: Sie wollen das Ende Europas und den Umbau der freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft. Dass der AfD-Europaabgeordnete Marcus Pretzell einigen Medienvertretern den Zugang zum Kongress verwehrte, ist nur ein erster Hinweis darauf. Die Gewerkschaften werden gemeinsam mit dem Kumpelverein noch stärker, noch lauter als bisher für die demokratischen Grundwerte eintreten.

Rechten Parolen widersprechen

DGB-Jugend Köln organisiert Argumentationstraining gegen Rechts

Wer kennt das nicht? Man steht in der Schlange im Supermarkt, trinkt mit Freundinnen und Freunden ein Bier in der Kneipe, sitzt bei einem Betriebsfest zusammen und scheinbar aus dem Nichts kommt ein Spruch wie: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“ oder auch: „Die Geflüchteten sind doch alle Terroristen und Wirtschaftsflüchtlinge“. Oftmals gibt es sogar zustimmende Reaktionen. Man reagiert selbst mit Empörung, hat aber keine passende Antwort parat. Das von der Kölner DGB-Jugend organisierte „Argumentationstraining gegen Rechts“ sollte das nötige rhetorische Rüstzeug vermitteln, um mit solchen Situation umzugehen. Am 4. Februar kamen daher 13 junge gewerkschaftliche Aktive aus dem Köln-Bonner Raum, darunter junge Mitglieder der IG BAU, der IG Metall, ver.di sowie auch Stipendiaten der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung in Köln zusammen, um mit Referentin Sina Wunderlich vom AK Antifa des DGB NRW zum einen eine Wissensgrundlage zu schaffen, zum anderen in Rollenspielen die Argumentation zu schärfen. Der Organisator, Jugendbildungsreferent des DGB Köln-Bonn, Omer Semmo, sieht hier



in eine wichtige Strategie im Kampf gegen rechtes Gedankengut. „Wir dürfen rassistische Parolen nicht unwidersprochen lassen. Man sollte schlagfertig sein, aber auch hinterfragen und einordnen, woher vielleicht gewisse Einstellungen beim Gegenüber herrühren. Nicht gleich die ‚Nazi-Keule‘ schwingen – außer es sind tatsächlich Neonazis“, erklärte Semmo. Nach einer einführenden Selbstreflexion wurden die verschiedenen Strömungen innerhalb der AfD in Gruppen aufgearbeitet. Im Anschluss diskutierte man praktische Argumentationsmöglichkeiten. Die 13 jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter können nun auch in ihrem direkten Umfeld einen effektiven Beitrag leisten, um dem grassierenden Alltagsrassismus etwas entgegenzusetzen.

„Grundrechte gelten für alle Menschen – unabhängig von Herkunft und Aussehen.“

Interview mit Jörg Radek, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP)



Jörg Radek, Foto: GdP/Hagen Immel

Nach dem Einsatz der Kölner Polizei an Silvester gab es öffentlich viel Zuspruch dafür, dass weitestgehend verheerende Übergriffe wie im Vorjahr verhindert wurden. Es gab aber auch Fragen der Verhältnismäßigkeit bezüglich des Vorgehens der Polizei an jenem Abend, bei dem rund 1000 vermeintlich „nordafrikanische“ Männer festgehalten und kontrolliert wurden. Vorwürfe eines „racial profilings“ stehen im Raum, also einer gezielt nach äußeren Merkmalen begründeten Personenauswahl. Die von der Polizei über Twitter verlautbarte Bezeichnung „Nafris“ („Nordafrikanische Intensivtäter“) war ebenfalls ein Stein des öffentlichen Anstoßes. Das zeigt, in welch' schwierigem Spannungsverhältnis sich polizeiliche Arbeit bewegt. Im Gespräch mit der Gelben Hand erklärt Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, das Selbstverständnis, den Anspruch, aber auch die Herausforderungen der Polizei in polarisierten Zeiten.

Ohne im Detail auf die besonderen Gegebenheiten und einzelnen Vorfälle der Kölner Silvesternacht einzugehen, deren Aufarbeitung noch im Gange ist: Aber was muss Polizeiarbeit aus Sicht der GdP grundsätzlich leisten, um Sicherheit zu gewährleisten – und Menschenrechte zu schützen?

Die Polizei ist den Werten der Verfassung verpflichtet. Der Schutz der Grundrechte ist dabei das zentrale Anliegen. In der heutigen Zeit ist es wichtig, zu betonen, dass diese Rechte für alle Menschen gelten, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aussehen, religiösen Zugehörigkeit, Geschlecht oder politischen Anschauungen. Die Grundrechte zu schützen bedeutet beispielsweise auch, das Demonstrationsrecht durchzusetzen und zwar unabhängig davon, ob uns persönlich die jeweilige politische Ausrichtung gefällt. Wir als GdP haben uns immer für eine bürgernahe Polizei stark gemacht und das beginnt im ersten Schritt damit, dass Polizisten

auch tatsächlich vor Ort präsent und für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit ansprechbar sind.

Mittlerweile stehen Flüchtlinge pauschal politisch und medial im Kontext von Kriminalität und Sicherheitsfragen – der humanitäre Aspekt, der für die allermeisten Menschen, der Grund ist, ihre Heimat zu verlassen, gerät zunehmend in den Hintergrund. Wo siehst du aus polizeilicher Sicht die größten Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik?

Unsere größte Herausforderung ist es, genau diesen Spagat in unserer täglichen Arbeit zu bewältigen und auszuhalten. In den ersten ungeordneten Wochen und Monaten der starken Zuwanderung 2015 waren es unsere Kolleginnen und Kollegen, die oft die Geflüchteten mit dem Nötigsten versorgten, weil einfach noch die Strukturen fehlten. Da wurde die Kaffeekasse gestürzt, um Windeln oder Buntstifte für die Kinder zu kaufen, oder zusammen mit anderen örtlichen Ehrenamtlichen eilig eine Suppenküche auf die Beine gestellt. Gleichzeitig sehen wir als Polizisten aber auch die kriminellen Strukturen, die versuchen, sich gerade diese ungeordnete Situation zu Nutze zu machen: Beispielsweise Kriminelle, die sich als Flüchtlinge ausgeben, oder skrupellose Menschenhändler, denen es eben nicht um das Wohl der Geflüchteten, sondern nur um die eigene Bereicherung geht.

Die Zahl rechtsmotivierter Straftaten war auch im Jahr 2016 laut BKA hoch. Ziel der Angriffe sind Geflüchtete, aber auch ihre Helfer und Politiker, die sich für sie einsetzen. Die Aufklärungsrate hingegen ist weiterhin eher gering. Wie kann eine bessere Strafverfolgung rechtsmotivierter Straftaten gewährleistet werden?

Rechtsextremismus ist eine anhaltende Gefahr für die Sicherheit und Demokratie in unserem Land. Das wurde spätestens mit der Aufdeckung des NSU auch der breiten Öffentlichkeit bekannt. Die GdP fordert seit langem, die Speicherung und Auswertung von Verkehrsdaten der elektronischen Kommunikation endlich so gesetzlich zu regeln, dass sie im Einklang mit der Verfassung der Polizei die Möglichkeit zur effektiven Strafverfolgung geben. Gemeinsame Abwehrzentren und Verbunddateien für Straftäter sind außerdem sehr gute Mittel, um effektiv in der rechtsextremen Szene zu ermitteln. Die Teilhabe an den Erkenntnissen anderer Sicherheitsbehörden verbreitert so die Informationslage der Polizei, ohne dass das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten angetastet wird. Bei der Gefahrenabwehr von Angriffen auf Flüchtlingsheimen ist die Polizei aber auf Erkenntnisse aus der unmittelbaren Nachbarschaft angewiesen. Hier brauchen wir unbedingt die gesellschaftliche Unterstützung unserer polizeilichen Arbeit.

Du trägst die Gelbe Hand stets am Revers - aus Überzeugung. Auch deine Gewerkschaft, die GdP, ist seit Jahren aktiv, wenn es darum geht, deutliche Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Wie kann euer Engagement in Zukunft noch verstärkt und noch sichtbarer werden?

Indem wir auch weiterhin klar Stellung gegen verfassungs- und demokratiefeindliche Bestrebungen beziehen. Als beispielsweise die AfD im vergangenen Jahr die Auffassung vertrat, dass die Grenze Deutschlands notfalls auch mit Schusswaffengebrauch zu schützen sei, haben wir klar Stellung bezogen – und werden dafür noch bis heute angefeindet. Nichtsdestotrotz ist unsere Haltung richtig: Ein Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtende verstößt gegen geltendes Recht und – was noch viel wichtiger ist – es ist schlicht menschenverachtend. Das Eintreten für die Werte unserer Verfassung, für Solidarität und Freiheit muss mutig geschehen und verpflichtet uns alle zu besonderer Wachsamkeit, gerade in diesen scheinbar so geschichtsvergessenen Zeiten. Wir Polizisten sehen die Defizite bei der Inneren Sicherheit. Uns als GdP obliegt es daher, diese auch selbst zu benennen. Wir lassen uns deswegen aber nicht zum Büttel irgendeiner politischen Gesinnung oder zu Kronzeugen für Populisten machen.

**Wettbewerb
„Die Gelbe Hand“ 2016/2017**

Die Entscheidung rückt näher!

Aus dem ganzen Bundesgebiet sind Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von jungen Azubis, Berufsschülerinnen und Berufsschülern sowie den Gewerkschaftsjugendlichen beim Kumpelverein eingegangen. Jetzt liegt es an der Jury, die einzelnen Projekte zu sichten und zu bewerten. In der Jury sitzen: Elke Hülsmann, DGB Bildungswerk NRW, Eric Schley, DGB Jugend NRW, Kai Hofmann, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Jens-Jean Berger, IG Metall, Leonie Hein, DGB Jugend Rheinland-Pfalz/Saarland, David Mintert, Arbeit und Leben DGB/ VHS, sowie Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin des Kumpelvereins. Die Preisverleihung für die ausgewählten Projekte findet in diesem Jahr am 15. März in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei statt unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidentin der Landes Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, und des Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jörg Hofmann. Mehr Infos zum Wettbewerb gibt es unter: <http://www.gelbehand.de/setz-ein-zeichen/wettbewerb-aktuell/>

Verfassungsfeindlich, rassistisch – und erlaubt

Bundesverfassungsgericht verbietet NPD nicht

Das Bundesverfassungsgericht entschied sich am 17. Januar dazu, zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die NPD nicht zu verbieten. Damit war der Verbotsantrag des Bundesrates abgelehnt worden. Das Oberste Gericht stellte jedoch fest: Die NPD verfolgt verfassungsfeindliche Ziele, sie ist rassistisch, antisemitisch, antiparlamentarisch, rechtsstaatsfeindlich – sogar eine Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus ist gegeben. Trotzdem bleibt sie – vorerst – legal. Die Begründung war pragmatisch: Die NPD sei schlicht zu unbedeutend, zu klein, um ihre verfassungsfeindlichen Ziele umzusetzen. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften haben lange für ein Verbot gekämpft. Laut DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach werden die Gewerkschaften dies auch weiterhin tun: „Die NPD ist verfassungswidrig, dies hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil zum Verbotsantrag der Bundesländer festgestellt. Damit ist klar, dass die NPD die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekämpft. Wir als Gewerkschaften stehen weiter für Weltoffenheit, Vielfalt und Demokratie. Deshalb werden wir auch weiter die

NPD und ihre Aktionen kritisieren und bekämpfen.“ Auch nach Ansicht des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske dürfe man die rechte Gefahr jetzt nicht „bagatellisieren“, sondern müsse den Kampf politisch führen: „Gerade in Zeiten, in denen Rechtspopulismus und Demokratiefeindlichkeit in Deutschland, Europa und weltweit die Substanz sozialer Werte und gesellschaftlichen Zusammenhalts gefährden, müssen Demokratinnen und Demokraten enger zusammenrücken.“ Laut dem Experten Ralph Göbel-Zimmermann, Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Wiesbaden und langjähriges Fördermitglied der Gelben Hand wären „die Neonazis“ durch das Urteil aufs Schärfste „gebrandmarkt“ worden, zudem sieht er im Urteil auch eine Chance: „Es wurde eine Hintertür geöffnet: Die Beschränkung der Finanzierung einer verfassungsfeindlichen Partei durch eine entsprechende Grundgesetzänderung.“ Darüber hinaus sei klargestellt worden, so Göbel-Zimmermann, dass zwar die NPD derzeit keine Gefahr darstelle, er sieht aber durch die Präsenz der AfD in den Parlamenten „als Sammelbecken der Rechtspopulisten, Nationalisten und Neonazis eine spürbarere,

unmittelbare Gefährdung der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung, die von den demokratischen Parteien gemeinsam bekämpft werden muss“. Die Gewerkschaften und die Gelbe Hand werden diesen Kampf mitführen.

Engagement „vor Ort“

Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben“

Demokratie **leben!**

Aktiv gegen Rechtsextremismus,
Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben“ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend werden in ganz Deutschland Kommunen unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte lokale Bündnisse aufzubauen. Ziel ist es, ziviles Engagement und demokratisches Verhalten zu fördern. Eine dieser geförderten Kommunen ist beispielhaft die Stadt Homburg im Saarland. Seit 2015 wurden in Homburg über 20 Projekte verschiedener kleiner und großer Träger durchgeführt. Für die Umsetzung von Projekten stellt das Bundesprogramm 20.000 Euro pro Jahr bereit. Empfänger von Fördergeldern können gemeinnützige Organisationen, Vereine und Träger – und eben auch lokale Gewerkschaftsstrukturen – sein. Anträge zur Förderung können bei der Stadtverwaltung gestellt werden. Entscheidend dafür, ob die Gelder bewilligt werden, ist der Begleitausschuss, in dem in Homburg 17 Vertreter lokaler Organisationen zusammenkommen. Inhaltlich liegen die Schwerpunkte in Homburg auf Gegenstrategien zu rechtsextremen Orientierungen sowie der Förderung von Vielfalt und Inklusion. Konkret reicht das von Theaterprojekten an Schulen gegen Diskriminierung über Kochabende mit Geflüchteten und Einheimischen. Fester Bestandteil einer Partnerschaft für Demokratie ist das Jugendforum, welches in Homburg komplett neu aufgebaut wurde. So soll das gesellschaftspolitische, lokale Engagement Jugendlicher gefördert werden. Das Forum besteht in Homburg aus 12 festen Mitgliedern, die es organisieren, leiten und Aktivitäten autonom planen und umsetzen. Das erste Projekt der Jugendlichen aus Homburg war eine Plakataktion, die in der ganzen Stadt aushing - mit klarer Botschaft: „Toleranz statt Ignoranz“. Mehr Informationen zu Partnerschaften in eurer Nähe, sowie zu Antragsmodalitäten & Förderrichtlinien findet ihr unter: <https://www.demokratie-leben.de/programm-partner/partnerschaften-fuer-demokratie.html>. Engagiert euch für die Demokratie!

Globaler Rechtsruck besorgniserregend

Internationales Treffen der Gewerkschaftsjugend in Washington



DGB-Jugenddelegierte Ronja Endres in Washington

„Die Uhr steht kurz vor zwölf. Es ist allen bewusst: Wir müssen handeln.“ So umschreibt Ronja Endres die Stimmung Ende Dezember auf dem Jugendtreffen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Washington. Auf der ganzen Welt seien anti-liberale Strömungen auf dem Vormarsch, bei den jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften dominierte jedoch der Tatendrang, nicht die Resignation. Die gelernte Chemielaborantin Ronja Endres sitzt als Delegierte der DGB-Jugend im Jugendkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Junge Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften aus Kenia, Kanada, USA, Indonesien, Pakistan, Ukraine, Moldawien, Brasilien, Costa Rica, den Philippinen, Gambia, Tunesien, Kolumbien kamen in Washington zusammen, um drängende aktuelle gewerkschaftliche und politische Fragen zu diskutieren. Das Treffen ging über vier Tage, während dieser Zeit war auch die Gewerkschaftsjugend des Dachverbandes der US-amerikanischen Gewerkschaften anwesend. Diese wären damals noch vom Wahlsieg

Donald Trumps erschüttert gewesen: „Es war noch nie so deutlich wie dieses Jahr: Das gemeinsame Problem des neuen Populismus ist in allen Ländern spürbar“, erklärt Ronja Endres im Gespräch mit der Gelben Hand. Neben den gewerkschaftlichen Kernthemen, wie der Mitgliedergewinnung und der Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitssituation in den Ländern, stand daher vor allem der globale Rechtsruck im Fokus. Dieser Trend sei nicht nur in den USA und in Europa zu beobachten, auch in Ländern wie den Philippinen oder Indonesien gebe es autoritäre und rassistische Tendenzen. Von der globalen Gewerkschaftsjugend ging daher ein wichtiges Zeichen des Zusammenhalts aus: „Jeder in der IGB-Jugend, egal ob aus Pakistan oder Costa Rica, ist sich im Klaren darüber, dass wir weiterhin unsere offenen Werte von Demokratie und Gleichheit beibehalten und noch stärker dafür eintreten wollen.“ Um diese Werte den Gewerkschaftsmitgliedern noch stärker zu vermitteln, gelte es in jedem Land geeignete Bildungsangebote zu schaffen und auszubauen. „Wir müssen jetzt zusammenstehen, getreu dem Motto: Arbeiter der Welt vereinigt euch“, appelliert Ronja Endres.

Ein ausführliches Interview mit Ronja Endres gibt es unter: http://jugend.dgb.de/dgb_jugend/material/magazin-soli/soli-archiv-2017/soli-aktuell-1-2017/++co++428ee7b6-d73a-11e6-9ba2-525400d8729f

Flüchtlinge schützen. Rassismus entgegentreten.



Broschüre des Monats

Die Gelbe Hand veranstaltete ihre letztjährige Herbsttagung unter dem Motto: Flüchtlinge schützen. Rassismus entgegentreten. Ende des Jahres erschien die gleichnamige Tagungsdokumentation mit wissenschaftlichen Beiträgen und praktischen Handlungsstrategien für die betriebliche und gewerkschaftliche Antirassismusbearbeitung. Der renommierte Extremismusforscher Prof. Hajo Funke (FU Berlin) beleuchtet die politischen, ideologischen und organisatorischen Dynamiken der rechten Szene, Prof. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein) hingegen erklärt, wie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und diskriminierende Denkmuster bis in der Mitte der Gesellschaft reichen. Dr. Serhat Karakayali vom Berliner Institut für empirische Migrations- und Integrationsforschung richtet den Blick auf das Positive: das große Engagement in der Flüchtlingshilfe, das eine Art „unsichtbare Politik der Willkommensgesellschaft“ darstellt. Praktische Beispiele aus den Betrieben und Argumentationshilfen gegen rassistische Aussagen sollen darüber hinaus einen Beitrag leisten, um die Antirassismusbearbeitung in Betrieb, Gewerkschaft und Gesellschaft ganzheitlich und effektiv zu unterstützen.

Die Tagungsdokumentation findet ihr zum Download unter: <http://www.gelbehand.de/informiere-dich/publikationen/>. Druckexemplare kann man unter folgender Mail anfragen: info@gelbehand.de

Aktionen zu diesem Themengebiet durchgeführt. Die 2015 neugegründete „Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus“ koordiniert und bündelt die Aktivitäten. Im Stiftungsrat ist, neben dem ehemaligen DFB-Präsidenten Theo Zwanziger und Claudia Roth, Vizepräsidentin des Bundestags, auch der Vorsitzende des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, vertreten. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften, sowie auch der Kumpelverein, gehören zu den über 70 Partnerorganisationen, die die Wochen gegen Rassismus unterstützen und selbst zahlreiche Veranstaltungen initiieren. In Hamburg-Bergedorf organisieren unserer Gelbe-Hand-Fördermitglieder rund um Necmettin Pamuk von der IG BCE-Ortsgruppe Bergedorf einen Stand in der Innenstadt, um mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog zu kommen. Referent Mark Haarfeldt wird bei der IG BCE in Alsdorf am 20.3. zu den gewerkschaftlichen Herausforderungen im Kampf gegen Rechtspopulismus einen Vortrag halten. Neu im diesen Jahr ist die vom Bundesprogramm „Demokratie leben“ geförderte Aktion „Prominent gegen Rassismus“, in der prominente Persönlichkeiten zum Engagement motivieren, aber auch selbst auf Veranstaltungen oder in Schulen gehen. Zu den prominenten Unterstützerinnen und Unterstützern zählen auch die Fördermitglieder der Gelben Hand, Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender, sowie die Vorsitzende der GEW, Marlis Tepe.

Weitere Informationen zu Veranstaltungen sowie unterstützende Materialien gibt es im Netz unter: <http://internationale-wochen-gegen-rassismus.de/>

100 % Menschenwürde - zusammen gegen Rassismus

Internationale Wochen gegen Rassismus vom 13. bis 26. März



Sharpeville, Südafrika: Am Vormittag des 21. März 1960 demonstrierten rund 7000 Menschen gegen die diskriminierenden Passgesetze des Apartheid-Regimes. Plötzlich eskaliert die Situation: die Polizei schießt in die Menge. 69 Menschen werden getötet. Als Gedenktag an das Massaker von Sharpeville

wurde sechs Jahre später, 1966, der 21. März von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Tag zur Überwindung von rassistischer Diskriminierung“ ausgerufen. Auch in diesem Jahr finden anlässlich des Tages gegen Rassismus die Internationalen Aktionswochen vom 13. bis zum 26. März statt. Bundesweit werden Veranstaltungen, Workshops und öffentliche

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Ricarda Scholz (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic
Fotos: DGB-Rheinl.-Pfalz Saarl., DGB-Jugend Köln-Bonn, GdP, Ronja Andres

Produktion:

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4 30 11 93
info@gelbehand.de
Web:
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

- 1. Katarina Barley**, ver.di, MdB, Generalsekretärin der SPD, Berlin
- 2. Reinhard Bispinck**, ver.di, Abteilungsleiter WSI, Düsseldorf
- 3. Braun Franz**, IG BCE, Weimar
- 4. Yassine Chaikhoun**, IG BCE, stellv. Vorsitzender des Bezirksjugendausschusses, Rhein-Main, Frankfurt/Main
- 5. Nils Hansen**, IG BCE, Hamburg
- 6. Timo Karl**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Bonn, Bonn
- 7. Laura Pooth**, GEW, stellvertretende Landesvorsitzende Niedersachsen, Oldenburg
- 8. Martina Pracht**, IG Metall, Betriebsratsmitglied Fa. Opel in Eisenach, Eisenach
- 9. Florian Pröbster**, IG Metall, Betriebsratsmitglied Fa. MAN Nürnberg, Schwabach
- 10. René Schindler**, ver.di, Öffentlichkeits- und Bildungsreferent beim DGB Bildungswerk Bund, Frankfurt/Main
- 11. Uwe Schmidt**, IG Metall, VL, Betriebsratsmitglied VW Wolfsburg, Gifhorn
- 12. Franz Uphoff**, IG BAU, Referent des Bildungswerks Steinbach, Frankfurt/Main
- 13. Tobias Wengler**, IG BCE, JAV- und Jugendreferent, Bezirk Berlin-Mark Brandenburg, Berlin
- 14. Anja Weusthoff**, GdP, Abteilungsleiterin Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik beim DGB Bundesvorstand, Berlin
- 15. Roman Zitzelsberger**, IG Metall, Bezirksleiter Baden-Württemberg, Stuttgart

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorsitzender